

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

---

**Sitzungsdatum:** Mittwoch, den 27.07.2022  
**Beginn:** 19:04 Uhr  
**Ende:** 22:09 Uhr  
**Ort, Raum:** Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,  
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Herr Jens Timm

**FDP / Liberale Liste Karlsbad**

Herr Björn Kornmüller

**Freie Wähler**

Herr Alexander Bodemer  
Frau Heike Christmann  
Herr Jürgen Herrmann  
Herr Joachim Karcher  
Herr Hans-Gerhard Kleiner  
Frau Heidi Ochs  
Herr Karl-Heinz Ried  
Herr Michael Wenz

**CDU**

Herr Günter Denninger  
Herr Peter Kiesinger  
Herr Roland Rädle  
Herr Norbert Ried  
Herr Günter Sing

**SPD**

Herr Reinhard Haas

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Heike Günther  
Herr Thomas Guthmann  
Herr Andreas Hartmann  
Frau Sabine Kronenwett  
Frau Simone Rausch  
Frau Dr. Susanna Vollmer

**Protokollführer/in**

Frau Isabelle Rau

**von der Verwaltung**

Herr Joachim Guthmann  
Frau Sarah Esaias  
Frau Petra Goldschmidt

Herr Benedikt Kleiner  
Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige  
Frau Petra Schippalies

Gäste  
Herr Andreas Hocewar  
Herr Jannik Merz

Abwesend:

Freie Wähler  
Herr Otto Höger -e-

CDU  
Herr Jürgen Dummler -e-  
Herr Steffen Langendörfer -e-

SPD  
Herr Michael Nowotny -e-  
Frau Cornelia Nürnberg -e-  
Herr Klaus Steigerwald -e-  
Herr Jens Walch -e-

Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Uwe Rohrer -e-

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten und des stellvertretenden Abteilungskommandanten der Feuerwehr Karlsbad Abteilung Spielberg**  
**Vorlage: 10/1324/2022**
- 4 **Bisherige Sofortmaßnahmen gegen Starkregenereignisse**  
**Vorlage: 67/1333/2022**
- 5 **Beitritt zum Kommunalen Klimaschutzverein im Landkreis Karlsruhe e.V.**  
**Vorlage: 67/1335/2022**
- 6 **Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2021 EnBW vernetzt**  
**Vorlage: 20/1325/2022**
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über den Planentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans "Ettlinger Straße" in Karlsbad-Langensteinbach**  
a) Fassen des Billigungsbeschlusses  
b) Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB  
**Vorlage: 60/1329/2022**
- 8 **Beratung und Beschlussfassung über den Planentwurf zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Schaftrieb" in Karlsbad-Langensteinbach**  
a) Beschluss über den Verkaufspreis von Ökopunkten  
b) Fassen des Billigungsbeschlusses  
c) Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB  
**Vorlage: 60/1330/2022**
- 9 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Ettlinger Straße 17**  
**Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Arztpraxis u. Tiefgarage**  
**Grundstück: Ettlinger Straße 17, Langensteinbach, Flst.Nr. 6182**  
**Vorlage: 60/1310/2022**

- 10 **Beratung und Beschlussfassung über die überplanmäßige Ausgabe für die weitergeführte Planung zum Neubau des Hochbehälters "Sallenjagen" in Karlsbad-Langensteinbach**  
**Vorlage: 60/1318/2022**
- 11 **Beratung und Beschlussfassung der Spendeneinnahme im 2. Quartal 2022**  
**Vorlage: 20/1327/2022**
- 12 **Genehmigung von Protokollen**
- 13 **Verschiedenes**
- 14 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 21.07.22 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 22 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 21.07.22 öffentlich bekannt gemacht worden war.

**Als Urkundsperson werden ernannt:** Gemeinderäte Hermann, Rädle, Haas und Gemeinderätin Günther

## zu 1 Bekanntgaben

### 1.1: Corona – Gesamtsituation

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass sich die Infektionslage im Zusammenhang mit dem Coronavirus momentan wieder deutlich zuspitze. Die Zahlen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe steigen kontinuierlich an, auch in der Verwaltung treten immer wieder Fälle auf. Man wird die Lage nach den Sommerferien aller Bundesländer betrachten. Jedoch ist damit zu rechnen, dass es im Herbst wieder Einschränkungen geben wird. Natürlich spielen auch die Veranstaltungen und privaten Treffen eine Rolle. Man solle diese mit Vorsicht genießen und trotz der ausgefallenen Veranstaltungen der letzten zwei Jahre auf seine Gesundheit achten.

### 1.2 Kindergarten St. Franziskus

BM Timm bittet den Gemeinderat aufgrund der zahlreich Anwesenden Eltern und der zugegangenen Schreiben bzgl. der Situation des Kindergartens St. Franziskus um ein Vorziehen des Punktes Fragen der Zuhörer da hier kein gesonderter Punkt der Tagesordnung existiere. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende schildert die Gesamtsituation die insbesondere durch kurzfristigen, aber auch langfristigen Personalausfall zu Einschränkungen der Betreuungszeiten führe/ geführt habe. Man befinde sich derzeit in Abstimmung mit dem Träger (kath. Kirche) um den Eltern ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot unterbreiten zu können, das in Kürze zugestellt werde. Durch die mangelnden Fachkräfte wurde zwar der Einsatz durch neue Verordnungen des Landes von Nicht- Fachkräften prozentual erhöht, dies helfe aber der Gruppenstärke und bei Ausweitung der Betreuungszeiten nicht weiter, da trotz allem eine entsprechende Fachkräfteanzahl vorhanden sein müsse.

Der kritisierte Sanierungsfortschritt des durch Starkregen zerstörten Kindergartengebäudes habe seine Ursache insbesondere in der schwierigen Beschaffung der Heizungsanlage, aber auch bei den, wie überall, fehlenden Materialien und Handwerksfirmen. Man habe als Ersatz der Heizung ursprünglich eine Gasheizung geplant, diese aber aufgrund der Versorgungssicherheit durch eine Wärmepumpe ersetzt/ umgeplant. Derzeit sei folgender Bauzeitenplan anvisiert:

Heizung/ Lüftung/ Sanitär im September, Trockenbauarbeiten im Oktober, Dezember Einbau der Wärmepumpe, Januar Fliesenarbeiten, Februar Malerarbeiten, im März Bauendreinigung.

Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich dieser Zeitenplan immer wieder ändern könne und immer noch stark von den Liefer- und Firmenterminen abhängig sei.

Bzgl. der ausgefallenen Betreuungszeiten wird eine Gebührenerstattung geregelt, nach der Auswertung der zukünftigen Inanspruchnahme und Möglichkeiten der Betreuungsangebote werde man aber auch Eltern denen diese Betreuungszeiten nicht ausreichen, andere Angebote, auch in anderen Gemeinden/ Einrichtungen machen müssen.

GR Rädle (CDU) betonte, dass die Situation im St. Franziskus kein spezielles Karlsbader oder gar Einrichtungsproblem sei. In Baden-Württemberg fehlten in 50% der Einrichtungen Fachkräfte oder die Mindestanzahl der Kräfte sei nicht vorhanden. Es fehlten 40 000 Erzieher, dass sich das auch in Karlsbader Einrichtungen bemerkbar mache sei nur normal. Die einzige Maßnahme die hier zumindest das Problem abschwächen könne sei, die sog. Nicht- anerkannten Fachkräfte einzusetzen.

GR Haas (SPD) unterstrich die problematische Personalsituation. Er kritisierte aber auch deutlich die überzogenen Standards die von Aufsichts- und Genehmigungsbehörden mittlerweile an die Einrichtungen gestellt werden, man müsse sich hier nicht wundern, dass nicht genug Kräfte vorhanden seien, wenn die Betreuungsschlüssel und fachlichen Anforderungen so überzogen seien. Als Erzieher/- in könne man sich derzeit aussuchen, wo man arbeite.

GR Kornmüller (FDP / Liberale Liste) wies darauf hin, dass die Faktenlage, Stellensituation und Arbeitsmarktlage bekannt seien. Man erkenne die emotionale Situation der Eltern, die sich aktuell jetzt in einer Zwangslage befänden, die politischen Vorgaben und Rahmenbedingungen könne man jetzt hier und alleine nicht ändern.

GR Denninger (CDU) erkundigte sich nach dem Einsatz der Nicht- Fachkräfte bzw. Erhöhung der Gruppenstärke. Diese Verordnung existiere doch, warum werde diese nicht umgesetzt?

HAL Kleiner erläuterte, dass durch Regelungen des Kultusministeriums in der Corona Situation die Gruppengröße erhöht und der Mindestpersonalschlüssel gesenkt werden kann/konnte. Wegen der Sondersituation der Corona-Pandemie hatte das Land dies möglich gemacht, doch diese Regelung laufe am 31. August aus. Der prozentuale Ersatz durch die Anrechnung von nicht- Fachkräften stellte keinen vollwertigen Ersatz dafür da.

Der Vorsitzende bat im Anschluss die Eltern ihre Fragen und Anregungen zu stellen.

Elternfragen/- Anregungen/ Kritik (Übersicht):

Die Eltern hätten sich eine engere Kommunikation gewünscht. Dies beziehe sich nicht nur auf den Baufortschritt, sondern auch die Personalsituation, deren Auswirkungen auf die Betreuungszeit etc. Es sei für viele Eltern schwierig bis unmöglich immer die Ausfälle durch private Betreuung auszugleichen. Zukünftige Einschränkungen, vor allem im GT- Bereich, würden berufliche Planungen zunichtemachen, oder mind. finanzielle Einschnitte bedeuten. Flexible Betreuungslösungen z. B. durch Tageseltern seien nicht immer machbar. Gefordert wurden auch kreative Lösungen für kurzfristige Betreuungsausfälle.

Anwesende kritisierten auch den nicht vorhandenen Baufortschritt in der Tulpenstraße, auch als Laie erkenne man, dass hier nichts voran gehe. Hier müsse unbedingt weitergearbeitet werden, um ein Ende der Containerlösung zu haben, welche die Erzieher/-innen belastete und dadurch zur Personalsituation beitrage.

In der Container-Anlage komme es auch immer wieder zu Schäden (Stromausfälle im Gang, defekte Toiletten und/oder Waschbecken), die nicht behoben werden. Es sei laut und durch die defekte Beleuchtung dunkel.

GRin Kronenwett (Bündnis 90 / Die Grünen) wandte sich mit einem Bericht aus der Praxis an die Eltern zu dieser Situation. Sie selbst arbeite in einem Kindergarten, dort habe es zahlreiche Kündigungen gegeben, kurzfristige Betreuungsausfälle durch Krankheit gebe es auch dort immer wieder. Und diese Einrichtung sei nicht provisorisch untergebracht.

BM Timm zeigte sich zuversichtlich, in Absprache mit dem Träger den Eltern bedarfsgerechte Angebote unterbreiten zu können. Es werde aber nicht gelingen, jeden Wunsch zu berücksichtigen, da man mit den begrenzten Möglichkeiten versuche das Maximum zu erreichen. Dies werde auch zu Wechselangeboten in andere Einrichtungen führen. Bei einem gesonderten Termin werde er Elternvertretern nochmals Details zu der Maßnahme und Fragen beantworten. Die Schäden am Container werde man in Absprache mit Leitung und der Firma beheben.

## **zu 2 Fragen der Gemeinderäte**

### **2.1 Fraktionsvorsitz Freie Wähler:**

GR Herrmann (Freie Wähler) gibt bekannt nach 18 Jahren den Sitz als Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler abzugeben. BM bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und Bereitschaft, auch in nicht immer einfachen Situationen und Sitzungen, er freue sich, dass Hr. Herrmann dem Gemeinderat weiterhin erhalten bleibe. Als Nachfolger wurde Herr Joachim Karcher ernannt, an welchen er im Anschluss das Wort übergab. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) dankt ihm ebenfalls für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Er wurde in der letzten Fraktionssitzung der Freien Wähler zum neuen Vorsitzenden ernannt. Seine Stellvertretung übernehme Herr Michael Wenz.

GR Roland Rädle (CDU) und GR Reinhard Haas (SPD) bedanken sich ebenfalls auch im Namen der Fraktionen bei GR Herrmann für die gute Zusammenarbeit

### **2.2: Antrag der CDU**

GR Roland Rädle bemerkt, dass er vor der Sitzung der Verwaltung zwei Anträge der CDU vorgelegt. Einer betreffe die Energieversorgung Karlsbad, sowie mögliche Einsparpotentiale. Er habe hier über seine Dienststelle eine Checkliste für die Verwaltung vom Innenministerium erhalten. Hier ginge es vor allem um Gebäude- und Dienstbetreffende Maßnahmen.

Der zweite Antrag betreffe den verstärkten Einsatz der Regenerativen Energien in Karlsbad. Die Gemeinde habe hier viel Potenzial, das man insbesondere jetzt weiter ausnutzen sollte.

### **2.3 Antrag der SPD Biotopvernetzung**

GR Reinhard Haas (SPD) bemerkt, dass die Fraktion der SPD habe einen Antrag in Bezug auf die Biotopvernetzung vorbereitet, welchen er dem Vorsitzenden jetzt übergeben werde. GR Walch (SPD) habe hieran gearbeitet. Die Anfänge zu diesem Thema welche der ehemalige Amtsleiter GUA Rösch angegangen habe, gelte es jetzt fortzuführen. Er führt aus, dass hier auch die gesamte Bürgerschaft mit eingebunden werden sollte.

### **2.4 Bauantrag Pforzheimer Straße 2**

GR Norbert Ried (CDU) erkundigt sich über den aktuellen Stand des Gebäudes der Pforzheimer Straße 2 und was für eine Nutzung hier vorgesehen wird. Joachim Guthmann von der Bauverwaltung erklärt, dass der Neubau des geplanten Gastronomiegebäudes schon in der letzten BPUA Sitzung erläutert wurde. Der Bauantrag wurde hier auf Grund der Stellplatzproblematik vom LRA versagt. Es gab nun ein Schreiben des Planverfassers, hier warte man jedoch noch auf Rückmeldung seitens des LRA. Man vermute aber, dass es nicht genehmigt wird. Bei dem großen Gebäude welches sich noch in den Sanierungsarbeiten befindet wird weiterhin von reiner Wohnnutzung ausgegangen. Hier ging bei der Verwaltung nie ein Bau-

antrag ein, da das Vorhaben (Umbau/ Sanierung im Bestand) nicht genehmigungspflichtig sei.

### **2.5 Flussgebietsuntersuchung Bocksbach**

GR Wenz (Freie Wähler) informierte über eine Flussgebietsuntersuchung in Pfinztal. Er habe hier den Unterlagen entnommen, dass keine Flussgebietsänderung möglich sei und stelle sich die Frage wie sich dies auf Karlsbad auswirke. Der Vorsitzende verwies hier auf den im weiteren Sitzungsverlauf eingeplanten Punkt zur Hochwasserthematik

### **2.6 Stellenplan Klimamanager/Social Media Bearbeiter/ Feldschütz**

GRin Heike Günther (Bündnis 90 / Die Grünen) nimmt Bezug auf einen Antrag der Fraktion der Grünen. Hier wird die Stelle eines Klimamanagers gefordert. Es bestehe auch die Überlegung hier interkommunal zusammen zu arbeiten.

In Bezug auf die Schaffung neuer Stellen erkundigt sich auch GR Joachim Karcher (Freie Wähler). Die Fraktion der Freien Wähler habe hier zwei Anträge zur Einstellung eines Social Media Managers und eines „Feldschütz“ gestellt.

HAL Kleiner informiert, dass diese bereits im Entwurf des Stellenplans für den kommenden Haushalt eingearbeitet seien. Genaueres über die Stellen werde nach der Sommerpause wie üblich im VFA informiert, diskutiert und dann bei HH Beratungen vorgelegt und entschieden.

### **zu 3 Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten und des stellvertretenden Abteilungskommandanten der Feuerwehr Karlsbad Abteilung Spielberg Vorlage: 10/1324/2022**

Der Vorsitzende begrüßt die Angehörigen der Feuerwehr Karlsbad Abteilung Spielberg und bittet den Kommandanten Fuhr aufgrund anderer dienstlicher Verpflichtungen für heute zu entschuldigen.

In der Jahreshauptversammlung der Abteilung Spielberg am 20.05.2022 wurde aufgrund des Ablaufs der Amtszeit des bisherigen Abteilungskommandanten Torsten Nitsch, der sich nicht mehr zur Wahl stellte, bei der ordnungsgemäß durchgeführten Wahl der bisherige stellvertretende Abteilungskommandant

#### **Herr Andreas Hoceswar**

zum Abteilungskommandanten gewählt.

Mit der Wahl von Herrn Hoceswar zum Abteilungskommandanten wurde die Position des stellvertretenden Abteilungskommandanten vakant und war daher neu zu besetzen. Bei der anlässlich der o.g. Jahreshauptversammlung ordnungsgemäß durchgeführten Wahl wurde

#### **Herr Jannik Merz**



zum stellvertretenden Abteilungskommandanten gewählt.

Beide gewählte Feuerwehrangehörige erfüllen die Voraussetzung des § 8 Abs. 5 Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg (FwG).

Nach § 8 Abs. 2 des FwG in Verbindung mit § 10 Feuerwehrsatzung der Gemeinde Karlsbad bedarf die Wahl des Kommandanten und seiner Stellvertreter sowie der Abteilungskommandanten und deren Stellvertretern jeweils der Zustimmung des Gemeinderats.

Die anschließende Bestellung durch den Bürgermeister erfolgt auf die Dauer von 5 Jahren.

Der Vorsitzende bedankte sich beim ehemaligen Abteilungskommandant Torsten Nitsch für die Allzeit gute Zusammenarbeit und freute sich, dass für Ihn zwei adäquate Nachfolger gefunden haben. Torsten Nitsch bleibe der Feuerwehr Karlsbad weiter im Einsatzdienst und als Koordinator der Atemschutzwerkstatt erhalten.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat möge der Wahl von**

**Herrn Andreas Hoceswar zum Abteilungskommandanten der FFW Karlsbad Abteilung Spielberg sowie von  
Herrn Jannik Merz zum stellvertretenden Abteilungskommandanten der FFW  
Karlsbad Abteilung Spielberg**

**zustimmen.**

**Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **zu 4 Bisherige Sofortmaßnahmen gegen Starkregenereignisse Vorlage: 67/1333/2022**

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Nach den Starkregenereignissen im Juni 2021 wurden verschiedene Sofortmaßnahmen vorgenommen. Zusätzlich wurden mit den Bürger/innen unter Beteiligung des Planungsbüros Wald&Korbe, dem BM sowie der Verwaltung verschiedene Vor-Ort-Termine wahrgenommen. In diesen Terminen wurden auch die Hinweise der betroffenen Anlieger zur Ausarbeitung der Starkregenkonzepte und der Flussgebietsuntersuchung mit protokolliert. Die bei den Begehungen festgestellten Hinweise wurden auf ihre sofortige Umsetzung geprüft und soweit möglich und ohne Genehmigungsverfahren umsetzbar dann auch in die Wege geleitet. Für Ittersbach und Spielberg werden die Starkregenkonzeptionen erst nach Fertigstellung der während des Starkregens am stärksten betroffenen anderen 3 Ortsteile angegangen. Dies auch, da das Planungsbüro keine Möglichkeit sieht auf der Gesamtmarkung der Gemeinde gleichzeitig für alle Ortsteile die Starkregenkonzepte auszuarbeiten.

Er erläutert weiter einige der bisher durchgeführten Maßnahmen anhand der Vorlage. Es sei im Moment mit viel Zeitaufwand verbunden für alles eine Lösung zu finden. Er hoffe, dass

man im Herbst mit den Maßnahmen vorankomme. Er griff auf die Frage aus TOP 2 von GR Wenz zurück und informierte, dass Karlsbad im Zuge des Förderantrages zur Flussgebietsuntersuchung gemeinsam mit der Gemeinde Pfinztal nicht mit in das Förderprogramm aufgenommen wurde. Er wolle hier versuchen mit der Regierungspräsidentin nochmals in das Gespräch zu gehen um so schnell wie möglich in das Förderprogramm aufgenommen zu werden.

GR Hans Kleiner (Freie Wähler) meldet sich mit einer Stellungnahme als OV. Auch der Ortschaftsrat Auerbach beschäftige sich weiterhin immer wieder mit diesem Thema und habe zuletzt am 18.6.2022 in der Sitzung und einer Ortsbegehung am 11.7.2022 die Dinge überprüft. Anhand der vorgetragenen erledigten Dinge die der Vorsitzende vorgetragen hat ergaben sich für ihn nach Prüfung der verschiedenen Stellen weiterhin Maßnahmen, die noch nicht behandelt und erledigt wurden.

Er zählt nachfolgend elf Punkte auf bei denen er die noch nicht erledigten Maßnahmen nennt. Er sehe den Bürgermeister in der Verantwortung die geschilderten Maßnahmen nach einem Jahr Zeit unverzüglich zu erledigen, da er sich als Ortsvorsteher für die Bürgerschaft verantwortlich sieht und fühlt.

Aufgezählte Punkte: Danziger Straße Bau Längsrinne, Feldwegeinmündung Danziger Straße, Kanaleinlauf Danziger Straße 2, Abflusssituation Finkenweg Bereich Grünstreifen, Allmendweg Rinne neigt sich Richtung Hang, Abfluss Richtung Hailerstraße, zugewachsene Wegerinnen, Erntereste die die Gräben verstopfen, lockeres Holz im Bereich Klemmbachweg, nicht geeignete Straßeneinläufe.

Der Vorsitzende dankt GR Hans Kleiner für die Auflistung. Er solle ihm die Liste zur Verfügung stellen, dann könne dies geprüft werden. Er fände es grundsätzlich gut, dass er solch eine Liste gemacht hat, jedoch wäre eine direkte Meldung der Auflistung an den Technischen Dienst sinnvoll und führe zur schnelleren Prüfung und Verbesserung der Maßnahmen. Man kann auf Details nicht immer eingehen, z.B. der Bereich Danziger Straße sei im Zuge der Starkregenkonzepte von Hr. Koch in Arbeit. Viele Punkte befinden sich momentan auch schon in der Umsetzung.

Es ist weiterhin geplant mit der Bürgerschaft ins Gespräch zu kommen und Dinge aufzunehmen, welche gemeldet werden. Auch hier wird es immer so sein, dass noch Dinge gefunden werden, welche letztendlich erst im Nachhinein verbessert werden können.

GR Kiesinger (CDU) fragt wer denn eigentlich hier zuständig ist in der Verwaltung zu überprüfen ob die Mängel/ Beanstandungen abgearbeitet seien. Nach seinem Verständnis müsse die Verwaltung von selbst tätig werden.

BM Timm führt aus, dass es grundsätzlich so ist, dass der Technische Dienst (TD) Einlaufbauwerke, Gräben und Feldwege überprüft. Mitarbeiter die im TD, Bauamt und im Ordnungsdienst tätig sind teilen ebenfalls Dinge die sie im täglichen Arbeitsleben feststellen mit. Diese werden dann innerhalb der technischen Bereiche verteilt bzw. wenn die Gemeinde mit Eigenmitteln nicht weiterkommt, Firmen beauftragt. Sobald es eine Unwetterwarnung gibt, werden die Gräben abgefahren und verstärkt kontrolliert und freigeräumt. Natürlich gibt es aber auch immer wieder Dinge die zusätzlich auftauchen. Die Ausarbeitung der Starkregenkonzepte obliegt derzeit dem Büro Wald+Corbe (Hr. Koch) wie mit dem Gemeinderat beraten und beauftragt. Auch die Umsetzung der Flussgebietsuntersuchung ist in gemeinsamer Vor-

bereitung mit der Gemeinde Pfinztal. Die Kosten werden hier zu 2/3 von der Gemeinde Karlsbad getragen und 1/3 trägt die Gemeinde Pfinztal. Dies entspricht auch den Wegelängen und dem Aufwand.

Für Anregungen und Hinweise die zu einer Verbesserung der Situation im Starkregenfall führen sei die Verwaltung sehr dankbar.

Der Vorsitzende bittet die Punkte 7 und 8 aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der Anwesenheit der Planerin Frau Schippalies vorzuziehen. Der Gemeinderat stimmt dieser Vorgehensweise zu.

- zu 7      Beratung und Beschlussfassung über den Planentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans "Ettlinger Straße" in Karlsbad-Langensteinbach**
- a) Fassen des Billigungsbeschlusses**
  - b) Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB**
- Vorlage: 60/1329/2022**

Er bittet Planerin Schippalies in den Sitzungsraum. Sie führt anhand einer Präsentation in das Thema ein.

Der Bebauungsplan Ettlinger Straße, in Kraft seit dem 24.11.1993, setzt für die Flächen der ehemaligen Firma Paradigma Gewerbegebiet und für den Bereich der Passivhäuser Mischgebiet fest. Das Gelände ist topographisch gesehen sehr indifferent. Insbesondere der Baubereich im Nordwesten, der durch eine „zu erhaltende Grünfläche“ deutlich vom restlichen Gewerbegebiet abgesetzt ist, liegt mit einem Höhenversatz von mindestens ca. 5 m höher als das übrige Gelände und somit ungefähr auf dem Niveau des Plangebiets „Schaftrieb“. Zum damaligen Zeitpunkt sollte die Erschließung über eine Seilbahn erfolgen, denn die Fläche konnte aufgrund der Höhendifferenz nicht anders verkehrlich erschlossen werden. Aus städtebaulicher Sicht ist die Fläche aufgrund der topographischen und örtlichen Verhältnisse eher dem im Osten angrenzenden Mischgebiet (bestehende Passivhäuser) bzw. dem angrenzenden Baugebiet Schaftrieb (Allgemeines Wohngebiet) zuzuordnen. Eine gewerbliche Nutzung des bisher unbebauten Grundstücksteils ist seitens der Eigentümer bisher nicht erfolgt. Ziel der städtebaulichen Planung ist es, diesen Bereich - auch in Abstufung zum geplanten Baugebiet Schaftrieb - als Mischgebiet festzusetzen und somit aus planungsrechtlicher Sicht einen Übergang der unterschiedlichen Nutzungen zu gewährleisten. Die Erschließung kann künftig über das Neubaugebiet Schaftrieb erfolgen. Eine entsprechende Kostenbeteiligung des Eigentümers am Erschließungsaufwand „Schaftrieb“ wurde vertraglich vereinbart.

Insofern soll die auf der nordwestlichen Teilfläche enthaltene Nutzungsziffer, lediglich in Bezug auf die Nutzungsart, von Gewerbegebiet (GE) in Mischgebiet (MI) geändert werden. Die bereits im Osten des Bebauungsplans Ettlinger Straße geltende Festsetzung für ein Mischgebiet (Passivhäuser) wird auf den hier vorliegenden zu ändernden Teil des Bebauungs-

plans übertragen. Der Gemeinderat hatte in seiner Sitzung am 30.01.2019 den Aufstellungsbeschluss zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gefasst. Dieser wurde im Amtsblatt Nr. 6/2019 am 07.02.2019 öffentlich bekannt gemacht. Die Planänderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB ohne Umweltprüfung durchgeführt. Da dieses Verfahren in direkter Verbindung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Schaftrieb steht, wurden die Verfahrensschritte beider Verfahren seither parallel bearbeitet. Als nächster Schritt steht die Billigung des Planentwurfes und der Offenlagebeschluss durch den Gemeinderat an.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat diesen Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 20.07.2022 diskutiert und vorberaten und dem Entwurf zugestimmt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Hr. Guthmann von der Bauverwaltung wies darauf hin, dass die Problematik des sich im Planbereich befindlichen Biotops auf das Baugenehmigungsverfahren abgeschichtet wird, und im Plan lediglich die Darstellung und der planerische Hinweis aufgenommen sind.

GRin Rausch (Bündnis 90 / Die Grünen) erklärte, dass sich die Fraktion nicht schlüssig in ihrem Abstimmungsverhalten sei. In der ursprünglichen Planung im BPUA im Jahr 2019 sei nicht erkennbar gewesen, dass so ein großes Biotop vorhanden sei. Sie habe große Bedenken, ohne eine Prüfung dort zu planen bzw. zu bauen.

BM Timm antwortete, dass lediglich die Art der baulichen Nutzung geändert und verändert wird. Im derzeit gültigen Plan war vorher eine viel umfangreichere Planung und Bebauung möglich.

Hr. Guthmann verwies ebenfalls darauf, dass die Planung keine Verschlechterung darstelle, sondern nun eine geringere und verträglichere Bebauung geplant sei, die Prüfung des Biotops müsse im Baugenehmigungsverfahren erfolgen.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat wolle den Planentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ettlinger Straße“ billigen und die Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung Träger öffentlicher Belange beauftragen.**

**mehrheitlich beschlossen Ja 16 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0**

- zu 8 **Beratung und Beschlussfassung über den Planentwurf zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Schaftrieb" in Karlsbad-Langensteinbach**
- a) **Beschluss über den Verkaufspreis von Ökopunkten**
  - b) **Fassen des Billigungsbeschlusses**
  - c) **Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB**
- Vorlage: 60/1330/2022**

BM Timm führt in die Thematik nach Sachverhalt ein. Nachdem zahlreiche Untersuchungen stattgefunden haben, Umsiedelungen von Tieren durchgeführt wurden, Naturschutzrechtliche Vorgaben und Ausgleichs geprüft wurden sei man nun endlich an dem Punkt mit diesem Gebiet einen Schritt weiterzukommen.

Fr. Schippalies erläutert die Planentwürfe anhand der Präsentation unter besonderer Berücksichtigung des städtebaulichen Entwurfs, der schalltechnischen Untersuchung, ökologischen Betrachtung und Ergebnisse der Bodenuntersuchungen.

BM Timm verwies auf die Vorlage bzgl. des Verkaufs der Ökopunkte. Man müsse 225.000 Punkte übertragen für dieses Baugebiet, der Preis liege zwischen 0,90 und 1,03 €. Der Preis von 0,90 € wird vorgeschlagen um den Preis an den Erschließungsträger weitergeben zu können. Da der ursprüngliche Ausgleich viel höher festgesetzt war, aber durch Struktur, Grünflächen Begründung, Zisternen etc. reduziert werden konnte wird bei den nun notwendigen 225.000 Punkten dieser Preis gewählt. Man habe ca. 1 Mio Punkte. Kommunen können zu- aber auch verkaufen, wenn es notwendig ist.

GR Rädle (CDU) trauert der Verbindung der zwei Gebiete nach. Die gemeinsame Entwicklung hätte sicherlich zu besseren Konzepten, Verbindungen, verkehrsfreier Zonen, gebietsbezogener Energieversorgung etc. geführt. Nichtsdestotrotz ist die Planung gelungen die hier entstanden ist. Die lange Wartezeit habe zu hohen Erwartungen geführt, man sei jetzt gespannt wann der Startschuss für Erschließung und Bau ist. Interessant sei natürlich auch was mit den Mischgebietsflächen passiere, wo die Kommune größere Flächen habe. Er bat die Verwaltung nach der Sommerpause die bisherigen Anfragen darzustellen und um Austausch, was mit den Flächen passieren könne. Er bedankte sich abschließend bei der Planerin und der Bauverwaltung.

GRin Dr. Vollmer (Bündnis 90 / Die Grünen) befand die baulichen Ideen für Modern und angemessen. Sie habe jedoch die Sorge ob die Bäume überhaupt anwachsen würden und ob Kontrollinstrumente vorhanden seien, die verfolgen ob der Ausgleich auch wirke. Sie fragte bzgl. der Schwermetalle in Feststoffen an, was dies bedeuten würde.

GRin Günther (Bündnis 90 / Die Grünen) berichtete aus der Fraktionsbesprechung bzgl. des Planes, der jetzt auch zur Zufriedenheit ausgefallen sei und auch neue Gedanken eingearbeitet wurden. Die Fraktion werde mehrheitlich zustimmen, und sei froh, dass die Planungen nach der langen Verfahrensdauer auch an neue Anforderungen, Bauformen, etc. angepasst wurden. Ein wenig Enttäuschung sei aber vorhanden, wie bereits GR Rädle angesprochen

habe, da man sich bzgl. Wärmeversorgung, autofreie Zonen etc. mehr Optionen gewünscht habe, dies sich aber durch die Fläche nicht verwirklichen lies.

BM Timm bekräftigte dies, da man für solche Dinge Flächen im Eigentum der Kommune haben muss, durch die lange Verfahrensdauer, Anfragen, Tauschwünsche etc. sei hier bereits die Variantenvielfalt eingeschränkt.

GR Sing (CDU) bringt die Vorstellungen des Seniorenbeirats unter Verweis auf die mangelnden Pflegeplätze in Karlsbad ein. Das Gebiet und die gegebenen Flächen seien Ideal für eine Pflegeeinrichtung, der Seniorenbeirat habe auch schon mehrfach mit dem Bürgermeister über das Thema gesprochen. Er fragte an, ob bei den Bedingungen des Bebauungsplanes und natürlich bei Vorhandensein eines Investors/ Betreibers es hier möglich wäre die Pflegeplatzlücke zu schließen.

BM Timm antwortete, dass der Bebauungsplan mit diesen Optionen aufgestellt wurde. Problematischer sei die Größe und einen Betreiber zu finden - bekannterweise sind die Wirtschaftlichkeit und die Platzsituation im südlichen Landkreis mit ein Thema, ob die Plätze alle an einem Standort realisiert werden sollen, oder in der Fläche verteilt. Wenn die Beschlusslage im GR dorthin gehe, könne man sich auf die Suche nach einem Betreiber machen, das sei schwierig - einen Bauinvestor finden eher weniger.

GR Denninger (CDU) erinnerte an die Bedenken der Verkehrsbehörde die er teile, da es für das Gebiet nur eine einzige Zufahrt gebe. Dort gebe es nicht nur Wohn- und Mischbebauung sondern es sei auch ein Kindergarten geplant mit entsprechendem Verkehr zu den Betriebs- und Stoßzeiten. Er halte das für bedenklich. Weiter sei der Preis für die Ökopunkte am Minimum zu gering angesetzt, ein immer noch sehr reduzierter Preis von 0,95 € sei angemessen. Er stelle den Antrag die Punkte für 0,95 € zu verkaufen.

BM Timm verwies darauf, die Punkte zum geringeren Preis zu verkaufen, wirke sich auf die Erschließungskosten aus. Diese würden aufgrund der allgemeinen Lage und Ausgleichs etc. schon sehr hoch ausfallen, man sollte die Möglichkeiten der Preisgestaltung die man hier habe zum Vorteil der Kosten ausnutzen.

GRin Rausch (Bündnis 90 / Die Grünen) bat Frau Schippalies um Erläuterung der Vorgaben der Zisternen, die diese beantwortete.

GR N. Ried (CDU) ergänzte die Bedenken bzgl. der Zufahrt in das Gebiet. Sollte diese einzige Zufahrt blockiert sein, kämen auch Rettungsfahrzeuge nicht mehr hinein.

Hr. Guthmann von der Bauverwaltung verwies auf die Notzufahrt, die z.B. auch im Gebiet im Thäle in ähnlicher Weise existiere (auch dieses Gebiet habe nur eine direkte Zufahrt).

GRin Rausch (Bündnis 90 / Die Grünen) bat darum, einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) beim "Aral-Kreisel" zu prüfen. Wenn das Gebiet realisiert werde, werde auch der Fußgängerverkehr hier massiv zunehmen.

**Nach Abschluss der Wortmeldungen stellte BM Timm den weitergehenden Antrag von GR Denninger die Ökopunkte zu einem Preis von 0,95 €/Punkt zu verkaufen als weitergehenden Antrag zur Abstimmung.**



Der Antrag wurde mit sieben Ja Stimmen, 10 Nein Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nachdem dieser Antrag abgelehnt wurde, wurde der Antrag der Verwaltung zur Abstimmung gestellt den Ausgleichsbetrag je zu veräußerndem Ökopunkt vom Ökokonto der Gemeinde Karlsbad auf 0,90 € festlegen

Der Antrag wurde mit 13 Ja Stimmen, 4 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Weiterhin wurde nachfolgender Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung gestellt:

- a) den Entwurf zum Bebauungsplan und den örtl. Bauvorschriften „Schaftrieb“ billigen
- b) die Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB beauftragen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 5        **Beitritt zum Kommunalen Klimaschutzverein im Landkreis Karlsruhe e.V.**  
Vorlage: 67/1335/2022

BM Timm erläuterte die Vorgehensweise und verwies im Weiteren auf die Vorlage. Rückfragen aus dem Gremium wurden nicht gestellt.

**Antrag an den Gemeinderat:**

Der Gemeinderat stimmt der Gründung des Vereins „Kommunaler Klimaschutzverein im Landkreis Karlsruhe e.V.“ zur Beteiligung der Kommunen an der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe GmbH zu und beschließt, dem Verein mit einem jährlichen Vereinsbeitrag von 450,00 € p.a. beizutreten.

mehrheitlich beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 6        **Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2021 EnBW vernetzt**  
Vorlage: 20/1325/2022

Auf die Vorlage 20/1171/2021 zur Übertragung der Beschlussfassung auf den Bürgermeister wird verwiesen. Die ordentliche Kommanditistenversammlung der kommunalen Beteili-

gungsgesellschaft Verwaltungsgesellschaft mbH fand am 19.05.2022 statt. Die Abstimmungen erfolgten im Nachgang über eine Wahlplattform. Hierbei wurde der Jahresabschluss, die Ergebnisverwendung und der Entlastung der Geschäftsführer einstimmig zugestimmt.

Die Gemeinde Karlsbad erhält aus dem Geschäftsjahr 2021 eine Ausschüttung in Höhe von 158.647 € (Vj:158.342 €)

Der Gemeinderat nahm den Jahresabschluss 2021 der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft (EnBW vernetzt) zustimmend zur Kenntnis.

**zu 9      Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Ettlinger Straße 17**  
**Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Arztpraxis u. Tiefgarage**  
**Grundstück: Ettlinger Straße 17, Langensteinbach, Flst.Nr. 6182**  
**Vorlage: 60/1310/2022**

Das Vorhaben befindet sich im unbeplanten Innenbereich von Karlsbad-Langensteinbach und ist daher nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Geplant ist die Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit Gewerbeeinheit und Tiefgarage.

Es sollen 3 Vollgeschosse mit 6 Wohneinheiten und einer Arztpraxis im 1. OG errichtet werden.

Die Ettlinger Straße ist, wie alle Hauptdurchfahrtstraßen in Langensteinbach, mischgebietsgeprägt. Entsprechend wird dieser Teil im Flächennutzungsplan auch als „Mischgebiet“ ausgewiesen. Das geplante Mehrfamilienhaus mit Gewerbeeinheit entspricht daher nach Art der baulichen Nutzung der Umgebungsbebauung.

Das Gebäude ist mit Satteldach, Dachgauben und Zwerchhaus geplant.

Die Firsthöhe soll 14,34 m betragen., die absolute Höhe 259,97 mNN. In der näheren Umgebungsbebauung gibt es mehrere Gebäude mit ähnlichen Firsthöhen (Wikingerstraße 6: 14,31 m; 259,50 mNN, Eisenbahnstraße 9: 16,02 m; 264,61 mNN).

Da sich das Bauvorhaben auch hinsichtlich Kubatur und Bautiefe in die nähere Umgebungsbebauung einfügt, wird insgesamt auch das Maß der baulichen Nutzung nach § 34 BauGB eingehalten.

Die Vorgaben der Stellplatzsatzung werden erfüllt.

Nach den Beratungen in der Ausschusssitzung am 22.06.2022 wurde noch einmal das Gespräch mit dem Bauherrn bzw. Planer gesucht. An der Bauflucht der Nachbarbebauung soll festgehalten werden. Um die Einsicht in die Straße zu verbessern, wurde die Planung jedoch dahingehend angepasst, dass die Hauskante - Ecke Eisenbahnstraße - abgeschragt wird.

Aufgrund der Kubatur des Vorhabens (> 3.000 m<sup>3</sup>) ist nach der Hauptsatzung der Gemeinderat zur Entscheidung über die Abgabe der Gemeindestellungnahme zuständig.



In seiner Sitzung am 20.07.2022 hat der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt mehrheitlich dem Gemeinderat seine Empfehlung ausgesprochen, das Gemeindeeinvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben zu erteilen.

GR Denninger (CDU) äußerte seine großen Bedenken aufgrund des Verkehrsaufkommens und der Resultate der wegfallenden Parkflächen in diesem Bereich. Die Gebäude können nicht isoliert und alleine nur aufgrund ihrer baulichen Wirkung bewertet werden. Er sehe eine hohe Gefährdung durch die Einfahrt/Ausfahrt der Tiefgarage, die verkehrliche Belastung durch die Anzahl der Wohneinheiten. Man könne hier nicht auf ein Parkraumkonzept warten, er betrachte dies hier als erheblichen Standortnachteil. Er möchte seine Bedenken deswegen erneut den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates mitteilen, die nicht Mitglieder des BPUA seien.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat wolle das Gemeindeeinvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben erteilen.**

**Mehrheitlich beschlossen Ja 12 Nein 2 Enthaltung 8 Befangen 0**

#### **zu 10 Beratung und Beschlussfassung über die überplanmäßige Ausgabe für die weitergeführte Planung zum Neubau des Hochbehälters "Sallenjagen" in Karlsbad-Langensteinbach Vorlage: 60/1318/2022**

Ortsbaumeister Knackfuß hält einen Sachvortrag anhand der Vorlage.

Basierend auf der Machbarkeitsstudie des Ingenieurbüros Leuze wurden im Haushalt 2021/22ff. Planungsmittel zum Neubau des Hochbehälters Sallenjagen in Karlsbad-Langensteinbach eingestellt (siehe Vorlage Nr. 60/0983/2020, 601065/2021).

Um fundierte Kosten für den Neubau des Hochbehälters zu erhalten, wurde das Ingenieurbüro Leuze mit den weiteren notwendigen Ingenieurleistungen beauftragt.

Unterschätzt wurden bei der Festlegung der Haushaltsmittel das Kostenvolumen für den Behälterneubau (ausschlaggebend für die Berechnung des Planungshonorars) sowie der Umfang der zusätzlichen Leistungen, um gesichert planen zu können. Im Einzelnen zählen dazu:

	netto
• Umwelttechnische Erkundungen (Bodengutachten)	15.262,50 €
• Kampfmitteltechnische Freimessungen und Begleitung	3.421,00 €
• Vermessungsleistungen gesamt	10.794,50 €
• Artenschutzrechtliche Prüfung, Eingriffs-/Ausgleichsermittlung	4.252,00 €

Weitere nicht vorhersehbare Kosten in Höhe von ca. 18.000,00 € netto entstanden durch die notwendige Freilegung von Wasser-, Strom-, Entwässerungs- und Datenleitungen zur ge-

neuen Einmessung am vorhandenen Behälter zwecks Weiterverwendung. Planungsunterlagen sowie eine Baugenehmigung für den im Jahr 1963 gebauten Hochbehälter Sallenjagen sind nicht vorhanden bzw. nicht zu beschaffen.

In Summe sind mit den zusätzlich notwendigen Aufwendungen die eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € aufgebraucht. Um die bisher fertiggestellten Planungsleistungen vom Ingenieurbüro Leuze vergüten zu können, fallen überplanmäßige Kosten in Höhe von ca. 70.000 € an. Die Kosten sind ein Vorgriff auf Planungsleistungen, die beim Behälterneubau ohnehin angefallen wären.

Die Planungen mit Kostenberechnung werden zur Haushaltsvorbereitung im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt vor den Haushaltsberatungen vorgestellt.

#### **Antrag der Verwaltung:**

**Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 70.000 € für Planungsleistungen zum Neubau des Hochbehälters Sallenjagen in Karlsbad-Langensteinbach zu genehmigen.**

**Die dafür benötigten überplanmäßigen Mittel in Höhe von 70.000 Euro werden durch die nicht verbrauchten Haushaltsmittel 2022, IBA3-20005 „Erschließung BG Holderäcker“ in Karlsbad-Spielberg finanziert.**

**einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **zu 11      Beratung und Beschlussfassung der Spendeneinnahme im 2. Quartal 2022 Vorlage: 20/1327/2022**

Gemäß § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) müssen seit dem 18.02.2006 alle eingehenden Spenden, welche die Gemeinde Karlsbad für Ihre Einrichtungen (z.B. Heimatmuseum, Kultur, Schulen, Kindergärten, Jugendarbeit, Feuerwehr, Eigenbetriebe usw.) erhält, förmlich vom Gemeinderat zur Annahme beschlossen werden. Dieser förmliche Beschluss dient zur Information des Gremiums, der Wahrung der Neutralität der bedachten Empfänger und dazu jegliche Vorteilsannahme bzw. dem Anschein einer persönlichen Vorteilsnahme der bedachten Einrichtung bzw. deren Mitarbeiter/innen entgegenzuwirken.

BM Timm dankte den großzügigen Spender/innen auch im Namen der gesamten Gemeinde Karlsbad und der Spendenempfänger herzlich für diese Unterstützung der bedachten Einrichtungen.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat beschließt Geldspenden in Höhe von 3.350,00 €, sowie Sachspenden in Höhe von 108,00 € anzunehmen.**

**einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 12 Genehmigung von Protokollen**

**TOP 12 wird auf die nächste Sitzung vertagt**

**zu 13 Verschiedenes**

**13.1 Störung Ortsnetz**

BM Timm gibt bekannt das es eine Stromstörung in vier Stationen des Ortsnetzes in Karlsbad gab. Diese sei behoben worden.

**13.2 PV Anlage Gymnasium**

BM Timm gab bekannt, dass die bestehende PV Anlage auf dem Dach des Gymnasiums für einen symbolischen Wert von einem Euro von der Gemeinde Karlsbad übernommen werde. Diese sei noch sehr leistungsfähig und man werde den Strom für die Versorgung des Gymnasiums mitnutzen können und habe auch die Wechselrichter im Zuge des Umbaus erneuert.

**13.3 Zweckverband Mannenbach**

BM Timm gab bekannt, dass die Ultrafiltrations-Anlage für den ZV Mannenbach in Karlsbad-Ittersbach zur Zeit noch nicht gebaut wird, sondern nur Maßnahmen für eine reine Notversorgung umgesetzt werden. Hierbei betragen die Kosten für die Pumpe ca. 30 000 Euro, eine Verbesserung der Härtegrade nur für die Gemeinde Straubenhardt wurde vom Vorsitzenden abgelehnt, da dies für eine reine Notversorgung aus Sicht des Vorsitzenden bei Kosten von rund 80.000,- Euro nicht befürwortet werden kann.

**13.4 Städtebauförderung**

Hr. Guthmann von der Bauverwaltung gab bekannt, dass für das Städtebauförderungsprogramm in Langensteinbach ein Zuschuss von 1,3 Mio Euro bewilligt wurde.

**13.5 Fahrbahnsanierungen rund um Karlsbad**

Haupt- und Ordnungsamtsleiter Kleiner erinnert an die geplanten Fahrbahnsanierungen und die Umleitungsstrecken, insb. der L 564 (Spielberg) bzw. L 562 (Auerbach). Diese werden jetzt zwar zum wiederholten Male bekannt gegeben, und auch im MBL und Presse veröffentlicht, um auf dieses aktuelle Ereignis hinzuweisen.

**13.6 Gaskrise und Auswirkungen Freibad**

Die Wassertemperatur im Freibad war geplant abzusenken um Gas für die Beheizung zu sparen. Da aber durch die heiße Witterung und Sonnenschein das Wasser genug erwärmt wurde, war eine Zuheizung mit Gas nicht notwendig. Für den Rest der Saison wird aber, sollte es notwendig werden, die Temperatur um 2 Grad reduziert

**zu 14 Fragen der Zuhörer**

Keine.

---

gez. Jens Timm  
Vorsitzender

---

gez. Isabelle Rau  
Protokollführer/in

---

Gemeinderat Jürgen Herrmann  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Reinhard Haas  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Roland Rädle  
Urkundsperson

---

Gemeinderätin Heike Günther  
Urkundsperson